Niederschrift

zur 8. Sitzung des Gemeinderats der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 28. Oktober 2021, 18:30 Uhr in der Aegidiushalle, Pestalozzistraße 5-7 in Leimen-St. Ilgen

- öffentlich -

Beginn:	18.30 Uhr
Ende:	23.00 Uhr
Vorsitz:	Oberbürgermeister Reinwald Bürgermeisterin Felden
Stadträte:	Dr. Anselmann, Peter Bader, Richard Baumann, Ursula Bortz, Holger Feuchter, Klaus Frühwirt, Ralf Hahn, Alexander Hassenpflug, Christa Kettenmann, Britta Kurz, Mathias Lindenbach, Bruno Müller, Julia Müller, Nathalie Reinig, Michael Dr. Sandner, Peter Schilling, Christine Stern, Wolfgang Unverfehrt, Dietrich Werner, Lisa-Marie
Entschuldigt:	Niemzik, Julia — verhindert Dr. Pfisterer, Ulrike — verhindert Woesch, Rudolf — verhindert
Von der Verwaltung:	1 Stadtoberverwaltungsrat Berggold 1.2 Stadtamtsrätin Lutz Stadtinspektor Scheffner 2 Stadtoberverwaltungsrat Veith 3 Stadtoberverwaltungsrat Kucs 6 Stadtoberverwaltungsrat Gora Stadtinspektorin Brenzinger 14 Stadtoberamtsrat Heinzmann Angestellte Greiner Protokollführerin

Gäste:	Reinhard Koehler	-	Koehler und Leutwein GmbH & Co. KG, Ingenieurbüro für Verkehrswesen
	Herr Jan Currle	-	Kommunalentwicklung GmbH
	Uwe Bellm	-	ap88 Architekten Partnerschaft mbB
	Rebecca Penno	-	Stabsstellenleitung Unternehmenskommunikation terranets bw GmbH
	Maren Raubenheimer	-	Projektleitung terranets bw GmbH

T A G E S O R D N U N G

zur 8. Sitzung des Gemeinderats der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 28. Oktober 2021, 18:30 Uhr in der Aegidiushalle, Pestalozzistraße 5-7 in Leimen-St. Ilgen

- öffentlich -

1. Fragestunde

2. Protokolle
- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen

3. Gemeinderat 62/2021
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

4. Zuwendungen 63/2021
Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen
nach § 78 Abs. IV GemO

5. Immissionsschutz 64/2021
Lärmaktionsplan:
- Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit
- Ergebnis der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB)
- Beschluss über die Erledigungsvermerke der Verwaltung zu den Einwendungen und Bemerkungen
- Beschluss des Lärmaktionsplans Stufe 3

6. Sanierung Leimen „Innenstadt“ 65/2021
Neuantrag Sanierung „Leimen-Mitte“
a. Ergebnis Bürgerbeteiligung – Sachstandsbericht
b. Vorstellung der Ergebnisse sowie Beratung und Beschlussfassung des Förderantrags

7. Rathausplatz 66/2021
Bau der Tiefgarage

8. Planung Gasleitungstrasse 67/2021
Süddeutsche Erdgasleitung (SEL) - Vorstellung der Planung

9. Digitalisierung 68/2021
Digitalisierungsstrategie – Sachstandsbericht

10. Gemeinderat 69/2021
Antrag der GALL –
Behindertenbeauftragter – Jährliche Sachstandsberichte

11. Gemeinderat 70/2021
Antrag der GALL –
Neukonzeption des Ausschusses für Kultur, Soziales, Schule und Sport

12.	**Gemeinderat** Antrag der GALL und SPD – Resolution „Sicherer Hafen“	71/2021
13.	**Straßenbau** K4155 - Begrünung	72/2021
14.	**Bebauungspläne Leimen-St.Ilgen** Fasanerie III, 2. Änderung	73/2021
15.	**Bebauungspläne Leimen-Gauangelloch** Ortsmitte	74/2021
16.	**Feuerwehr Leimen** Ausschreibung Drehleiter/Hubrettungsgerät	75/2021
17.	**Forst** Ersatzbeschaffung Forstfahrzeug	76/2021
18.	**Liegenschaften** Beendigung Pachtvertrag mit TC Kurpfalz St.Ilgen	77/2021
19.	**Verschiedenes**	

Oberbürgermeister Reinwald
begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum. Er stellt anschließend fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist und fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung. Solche werden nicht erhoben.

1. Fragestunde

Ein Anwohner der Hirtenwiesenstraße
erkundigt sich zu dem dortigen Sachstand in Bezug auf die Baustellensituation und zudem, wer die Kosten für die Altkleidercontainer trägt. Die Baustellenabsperrungen seien zusammengeschoben geworden. Der Durchgang im oberen Bereich Bayermühle sei nach Fertigstellung oft versperrt. Als Fußgänger werde man gezwungen, auf der Straße zu gehen. Viele Autos führen auf dem Bürgersteig. Dies sei für Fußgänger untragbar. Er bittet die Verwaltung um Kontrolle.

Stadtoberverwaltungsrat Gora
antwortet, die Kosten für die Entsorgung und die Abfahrt der Altkleidercontainer trage der Aufsteller.

Stadtoberverwaltungsrat Kucs
erklärt, die Baustellenleiter erhielten entsprechende Vorgaben. Die Baustellenleitung sei für die entsprechende Überprüfung zuständig und müsse für Ordnung sorgen. Die Stadt kontrolliere das Geschehen sporadisch. Für die besagte Stelle sei keine Ampel vorgesehen. Er bittet um direkte Kontaktaufnahme mit dem Ordnungsamt zur Klärung der Sachlage.

Oberbürgermeister Reinwald
sagt Kontrollen zu, um Missstände zu beseitigen.

Der Anwohner der Hirtenwiesenstraße
stellt eine Frage zum Lärmaktionsplan. Im Bereich der Hirtenwiesenstraße sei es verkehrsbedingt laut. Es werde dort sehr schnell gefahren. Er bittet die Mitglieder des Gemeinderates, sich selbst ein Bild davon zu machen.

Oberbürgermeister Reinwald
erklärt, wenn es an einer Stelle Handlungsbedarf gebe, dann sei dies in den Lärmaktionsplan eingearbeitet. An besagter Stelle würden regelmäßig Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt. Er verspricht, eine Messung zu veranlassen.

Der Anwohner der Hirtenwiesenstraße
erklärt, er sei enttäuscht, da seit mehreren Wochen nichts geschehen sei. Er werde in der nächsten Sitzung wiederkommen und nachhaken.

Oberbürgermeister Reinwald
erklärt, man werde mit der Baustellenleitung Kontakt aufnehmen und Kontrollen durchführen. Er lädt den Herrn gerne in die Bürgersprechstunde ein, um das Thema ausführlicher zu besprechen.

Frau Klara Späth, Bürgerin in St.Ilgen,
möchte erfahren, was die Stadt in Zeiten von Corona für die Kinder gemacht hat, gerade mit dem Hintergrund der Absage des Laternenumzugs mit dem Argument der Durchmischung. Sie verstehe nicht, warum die Eltern dies nicht für die Kinder entscheiden dürfen. Jedes Elternteil und die Kinder könnten das Risiko selbst abwägen. Im Hort finde stets eine Durchmischung statt. Die Grundschüler seien bei der Absage des Laternenumzugs vergessen worden. In den Vereinen am Nachmittag dürften sich die Kinder schließlich auch durchmischen, wobei dort die Entscheidung bei den Eltern liege. Für ihre Tochter sei es auch nicht verständlich, warum sich ihr Vater mit vielen Zuschauern im Stadion treffen dürfe, aber kein Laternenumzug stattfinden kann.

Oberbürgermeister Reinwald
erklärt, nach Gesprächen mit den Kindergarten- und Schulleitungen und weiterer Erörterung habe man sich entschieden, die städtischen Laternenumzüge abzusagen. Das Risiko sei momentan zu groß. Die Kindergärten machten entsprechend intern kleinere Veranstaltung. In den Kitas habe man wöchentlich positive Fälle, die Inzidenzen seien höher, es sei nun ein falsches Zeichen, alles zu lockern. Der Aufwand für Testungen sei enorm. Man sei sich bewusst, dass diese Zeiten für die Kinder eine Belastung war und ist. Man sei aber um deren größtmögliche Sicherheit bemüht, weshalb man an den Pool-Testungen trotz hoher Kosten festhalte. Die Sicherheit der Kinder habe oberste Priorität.

Frau Späth
erkundigt sich nach den Fallzahlen an den Leimener Kitas und nach der Verbreitung des Virus. Sie sei selbst Lehrerin. Ihres Wissens steckten sich die Kinder im Familienverband an. Sie ist der Meinung, unter 3-G-Regeln im Freien könnten Veranstaltungen derart stattfinden, zumal die Kinder regelmäßig getestet würden. Überall ginge es und in Leimen für die Kinder nicht.

Oberbürgermeister Reinwald
erklärt, Restriktionen und Verantwortung trügen die Veranstalter bzw. die ausführenden Vereine, nicht die Stadt. Die Sicherheitsmaßnahmen hätten gefruchtet um eine Steigerung der Inzidenzen zu vermeiden.

Stadtoberverwaltungsrat Berggold
ergänzt, es habe einen positiven fall in einem städtischen Kindergarten gegeben. Die Folge davon sei, dass alle Kinder der Gruppe beziehungsweise des gleichen Pooltests daheimbleiben müssen. Die Testungen ermöglichten ein frühzeitiges Handeln. Es würden mehrere Hundert Kinder getestet. In den städtischen Kindergärten mache man 32 Pooltests mit je maximal 27 Röhrchen, bei konventionellen Kitas seien es 24 Röhrchen.

Frau Späth
erklärt sich sehr enttäuscht. Sie habe den Eindruck, Oberbürgermeister Reinwald wolle alles blocken. Sie wolle ihn nicht wiederwählen.

Oberbürgermeister Reinwald
weist die Anschuldigungen, dass die Stadt während der Corona-Krise nicht für die Kinder getan habe, zutiefst zurück. Man habe viele Sicherheitsvorkehrungen umgesetzt und befinde sich im stetigen Austausch mit den Kitas, sodass diese geöffnet bleiben können.

Eine Bürgerin und Mutter einer fünfjährigen Tochter
möchte zur Absage der Laternenumzüge anmerken, das vergangene Woche auch das Dampfnudelfest TV Germania stattgefunden habe. Die Kinder und Erwachsenen hätten sich frei gefühlt, von Corona habe man nichts gemerkt. Beim Eingang seien die Einhaltung der 3-G-Regeln überprüft worden. Es gebe einen Elternbeirat, der möchte, dass der Umzug stattfindet. Der Elternbeirat würde auch die Kontrollen übernehmen. Beim besagten Dampfnudelfest sei eine lange Warteschlange gewesen, wobei die Leute eng aneinander gestanden seien. Für sie ergebe es keinen Sinn, dann keinen Martinsumzug zu machen. Die kleinen Umzüge der jeweiligen Kitas seien dafür kein Ersatz. Sie bittet die Verwaltung um eine Lösung, die die Kinder glücklich macht.

Oberbürgermeister Reinwald
weist erneut darauf hin, dass ein Verein Veranstalter und damit Verantwortlicher des Dampfnudelfestes war und nicht die Stadt. Der Verein müsse ein Hygienekonzept vorlegen. Die Stadt könne nicht alle Vereinsveranstaltungen kontrollieren. Dies sei auch Vertrauenssache.
Er könne als Vater den Frust darüber aber durchaus verstehen, seine Kinder seien davon auch betroffen. Allerdings habe der Verordnungsgeber die Regelungen festgelegt.

2. Protokolle
- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Reinwald
ruft das Protokoll Nr. 7 vom 30. September 2021 auf. Urkundspersonen sind die Stadträtinnen Baumann und Kettenmann. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträte Bader und Hahn benannt.

3. Gemeinderat 62/2021
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

Oberbürgermeister Reinwald
verliest die bekanntzugebenden Beschlüsse im Wortlaut.

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

<u>Die folgenden nichtöffentlichen Beschlüsse des Gemeinderates vom 22. Juli 2021 werden bekanntgegeben und zur Kenntnis genommen:</u>

2. Schulen/Kindergärten 11/2021
Raumluft - Lüftungssituation Schulen/Kindergärten

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Schulen/Kindergärten)

Von der Anschaffung mobiler Raumluftreinigungsgeräte wird derzeit abgesehen.

3. Liegenschaften 12/2021
Kauf eines Grundstücks – Änderung Kaufpreis

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Liegenschaften)

Dem Ankauf eines Grundstückes wird zugestimmt.

4. Zuwendungen 63/2021
Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO

Stadtrat Bortz
erklärt sich für befangen und verlässt seinen Sitz im Gremium.

Oberbürgermeister Reinwald
schildert den Sachverhalt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Zuwendungen)

1. Die als Anlage beigefügten Zuwendungen an die Stadt werden angenommen.
2. Die Kämmerei wird mit dem Ausstellen von Spendenquittungen, oder auf Wunsch von Zuwendungsbestätigungen beauftragt.

Stadtrat Bortz
kehrt zu seinem Sitz zurück und nimmt wieder an der Sitzung teil.

5. Immissionsschutz 64/2021
Lärmaktionsplan:
- Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit
- Ergebnis der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB)
- Beschluss über die Erledigungsvermerke der Verwaltung zu den Einwendungen und Bemerkungen
- Beschluss des Lärmaktionsplans Stufe 3

Oberbürgermeister Reinwald
erläutert kurz den Sachverhalt und bittet Reinhard Koehler von Koehler und Leutwein GmbH & Co. KG, Ingenieurbüro für Verkehrswesen zu Wort.

Herr Koehler
präsentiert den Endbericht des Lärmaktionsplans anhand einer Präsentation (*siehe Anlage 1*).
Die letzte Phase sei eingeläutet. Es sei ein Beschluss nötig, damit die Maßnahmen eingeleitet werden können. Zur Frage des Anwohners der Heltenstraße ergänzt er, dass die Heltenstraße nicht unter die Kategorie falle. Dort gebe es leider keine Möglichkeit, lärmmindernde Maßnahmen aufzustellen. Es seien keine neuen Gebiete dazu gekommen. Jedoch könnten einzelne Gebäudeeigentümer einen neuen Förderantrag zwecks Lärmschutzsanierung beantragen. Lärmsanierungsmaßnahmen seien freiwillige Maßnahmen, auf die kein Rechtsanspruch bestehe. Für Gauangelloch hatte man den Wunsch, eine 30-er-Zone von Ortsschild zu Ortsschild zu machen. Leider sei dies nicht

möglich, da gesundheitsgefährdende Immissionen nicht feststellbar seien. In Leimen bestehe dieselbe Situation. Leider hab man daher Anregungen aus der Bürgerschaft nicht aufnehmen können.
Er beantwortet Fragen aus dem Gremium.

Stadtrat Reinig
erklärt, Lärm sei gesundheitsgefährdend, weshalb es Grenzwerte gebe. Eine Maßnahme zur Bekämpfung des Verkehrslärmes sei die Begrenzung der Geschwindigkeit. Das Urteil des Verwaltungsgerichts habe großes Gewicht. Es sei wichtig, eine Handhabe bei übergeordneten Straßen zu haben und auch erforderlich. Man habe 22 Prozent hohe Belastungen festgestellt, 3 Prozent seien sogar gefährdende Schallimmissionen gewesen. Der Lärmaktionsplan habe offen ausgelegen, Anregungen seien eingearbeitet worden. Nun gehe es um die Umsetzung. Es seien konkret Straßen genannt worden. Man sehe in der Rohrbacher Straße eine Lücke zwischen der Hildastraße und der Einmündung zur Turmgasse. Er bittet, diese Lücke einzuarbeiten. Eine weitere Lücke bestehe im Bereich der Wohnbebauung der Rohrbacher Straße bis zum Seniorenheim. Dies hätte man gerne realisiert. Es sei auch in der heutigen Fragestunde zum Tragen gekommen, dass die Hirtenstraße problematisch sei. Die Schwetzinger Straße bis zur Einmündung Kaiserstraße in Richtung Warthütte habe erst auf der südlichen Seite einen Schallschutz. Man sehe zumindest den Bedarf einer 30-er-Zone von Ortsschild bis zur Bushaltestelle. Es seien bereits viele Maßnahmen realisiert worden, wie zum Beispiel die Schallschutzfenster. Man stimme dem Lärmaktionsplan im Prinzip zusehe aber größeren Handlungsbedarf. In der Gemeinde Nußloch sei eine vergleiche 30-Zone möglich. Der Städtetag Baden-Württemberg spreche sich auch für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit aus. In der Ausgestaltung ergeben sich Fragen, weshalb man nicht einhellig zustimmen könne.

Herr Koehler
erklärt, die genannte Lücke sei bereits 30-er-Zone. In den Gemeinden Gaiberg und Nußloch hätten sich die Voraussetzungen aus der Berechnung ergeben, dass die Überschreitungen mehr als 50 Personen betreffen.

Stadtrat Reinig
weist auf die 30-er-Zone in der Bürgermeister-Lingg-Straße und den kleinen Bereich in der Heltenstraße hin. Man habe immer nur stückchenweise eine 30-er-Zone.

Oberbürgermeister Reinwald
erklärt, man habe sich bei der Entwicklung des Lärmaktionsplans an die Vorgaben und Richtlinien gehalten. Er selbst wünsche sich auch Tempo-30 im Stadtgebiet, dies gehe aber nur mit entsprechender Rechtsgrundlage, deren Voraussetzungen nicht erfüllt seien. Die Wünsche seien weitest möglich umgesetzt worden. Er gehe davon aus, dass sich dies in den nächsten Jahren fortführt. Zu Heidelberg ergänzt er, dass es sich dort um einen Modellversuch handele, daher sei es dort entsprechend ausgewiesen.

Stadtrat Dr. Anselmann
erklärt, dass Dauerlärm krankmache. Die Fraktion der CDU stimme dem Lärmaktionsplan und den Maßnahmen mehrheitlich zu. Tempo-30 von Ortseingang bis zum Ortsausgang sei nicht realisierbar. Eine Absenkung von drei bis vier Dezibel habe bereits eine Wirkung. Er erklärt, dass 50 Autos, die Tempo 50 fahren genauso laut seien wie 100 Autos, die 30 km/h fahren. Er bittet zu prüfen, ob man in Gauangelloch und gegebenenfalls auch in Leimen zumindest nachts Tempo 30 einführen kann.

Herr Koehler
erklärt, man habe Vorgaben dafür. Nachts habe man den Grenzwert von 55 dB(A), tagsüber von 64 dB(A). Diese Grenzwerte seien in Leimen leider nicht gegeben.

Stadtrat Dr. Anselmann
fragt, ob der Gesetzgeber den Kommunen etwas in die Hand gebe und man für den Nachtbetrieb einen größeren Handlungsspielraum habe.

Herr Koehler
antwortet, im Gesetz gebe es keine Unterscheidung.

Stadtrat Kurz
Erklärt, man stimme allen Punkten zu. Seine Kollegen hätten bereits alles ausgeführt. Es gebe Gesetze, die man leider schwer erklären könne, aber dennoch gelten sie. Letztendlich sei es so, dass gefühlt jeden Tag mehr Autos auf der Straße fahren, unterm Strich werde es Zeit, dass sich der Gesetzgeber durchringt.

Stadtrat Feuchter
dankt Herrn Koehler für den Vortrag. Die Fraktion der FDP stimme dem Lärmaktionsplan zu. Zu der Situation in Gauangelloch erklärt er, dass die meisten Strafzettel talseitig berghoch im nördlichen Ortsausgang ergingen. Dort sei auch direkt 80 Meter hinter dem Ortsschild ein Zebrastreifen für Schulkinder. Er möchte erfahren, ob es dort eine Möglichkeit er Geschwindigkeitsbegrenzung aufgrund der Schulwegquerung gibt. Er ruft die Verwaltung auf, dies bei jeder Dienstfahrt zu prüfen.

Stadtrat Dr. Sandner
erklärt, man würde gerne alle Bürgerinnen und Bürger vor dem Lärm schützen, aber es gehe nur im Rahmen des rechtlich Möglichen. Man könne nur auf Einsicht des Gesetzgebers hoffen und nehme die Anregungen, insbesondere aus Gauangelloch, zur Kenntnis, leider könne man diese jetzt nicht realisieren. Man stimme dem Lärmaktionsplan zu.

Stadtrat Frühwirt
Stellt eine Verständnisfrage zum Thema Fortschreibung. Er fragt, ob dies ein automatischer Prozess ist oder ob die Verwaltung aktiv werden muss. Man möchte Fristen nicht verstreichen lassen.

Herr Koehler
erklärt, es gebe keinen Automatismus, nicht ohne einen Gemeinderatsbeschluss. Bis zum Juli 2024 sei die Fortschreibung des Lärmaktionsplans aufzustellen. Die Intervalle dauerten fünf Jahre. Man müsse die Fortschreibung bis zum Jahre 2024 machen. Wenn man diese Frist nicht einhalten könne mache dies den Lärmaktionsplan aber nicht rechtlich unwirksam.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen bittet Oberbürgermeister Reinwald um Zustimmung.

Mit 18 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Bader, Baumann, Bortz, Feuchter, Hahn, Hassenpflug, Kettenmann, Kurz, Lindenbach, Julia Müller, Nathalie Müller, Dr. Sandner, Schilling, Stern, Unverfehrt und Werner) und zwei Enthaltungen (Stadträte Frühwirt und Reinig) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Immissionsschutz)

1. Vom Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf der Lärmaktionsplanung (Stand 17.02.2020) wird Kenntnis genommen.
2. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander wird den Erledigungsvermerken der Verwaltung zugestimmt.
3. Vom Ergebnis der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Lärmaktionsplanung (Stand 17.02.2020) wird Kenntnis genommen.
4. Nach Abwägung sämtlicher Belange untereinander wird den Erledigungsvermerken der Verwaltung zugestimmt.
5. Der Lärmaktionsplan in der Fassung des Entwurfs vom 19.08.2021 wird beschlossen.

6. Sanierung Leimen „Innenstadt“ 65/2021

Neuantrag Sanierung „Leimen-Mitte“

a. Ergebnis Bürgerbeteiligung – Sachstandsbericht
b. Vorstellung der Ergebnisse sowie Beratung und Beschlussfassung des Förderantrags

Die Punkte 6a und 6b werden gemeinsam behandelt.

Oberbürgermeister Reinwald
schildert kurz den Sachverhalt. Er begrüßt den Referenten Herrn Jan Currle von der KE Kommunalentwicklung GmbH und bittet ihn zu Wort.

Herr Currle
erklärt, er sei bereits seit 14 Jahren an diesem Projekt beteiligt und es sei noch nicht beendet. Er stellt das Ergebnis der Bürgerbeteiligung anhand einer Präsentation vor *(siehe Anlage 2).*

Oberbürgermeister Reinwald
bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Bader
dankt für den Vortrag, der aufgezeigt habe, um was es geht. Die CDU-Fraktion habe Interesse an der Aufnahme im Förderprogramm. Die Voraussetzungen dafür seien nun mit der Bürgerbeteiligung gesetzt. Er dankt daher auch der Bürgerschaft für ihr Interesse.

Stadtrat Frühwirt
dankt ebenfalls für den Bericht. Vieles sei dabei rausgekommen, nämlich was gemacht wurde und was in den nächsten Jahren noch angegangen werden muss. Die Planungen gingen diesmal in eine gute Richtung Die GALL-Fraktion nehme das Ergebnis zur Kenntnis und werde das Projekt intensiv begleiten, wenn Leimen zum Zuge kommen sollte. Die Begehung mit der Bürgerschaft im Rahmen der Bürgerbeteiligung habe am 24. Juli 2021 stattgefunden, was den Nachteil gehabt habe, dass viele engagierte Leimener Bürgerinnen und Bürger beim Hofflohmarkt teilgenommen hätten. Es sei davon auszugehen, dass diese gerne bei der Begehung dabei gewesen wären. Vom 10. August bis zum 12. September habe die digitale Beteiligung stattgefunden. Auch dieser Zeitrahmen sei nicht optimal gewesen ob der Ferien- und Urlaubszeit und schmälerte die Beteiligung. Er bittet die Verwaltung künftig darauf zu achten. Aufgrund des Zeitdrucks sei es diesmal nicht anders möglich gewesen.

Er fragt Herrn Currle, ob Entwicklungen des Handels wie beispielsweise die Zunahme des Onlinehandels, in die Planungen miteingeflossen sind.

Herr Currle
erklärt, dass Herr Frühwirt etwas angesprochen habe, bei dem es Nachholbedarf gebe. Diese Faktoren seien noch nicht miteinbezogen worden. Es würden nun lediglich Flächen gesichert, aber es lägen noch keine Konzepte vor, wo die Dienstleistungsbranche hingeht. Damit müsse man sich noch befassen.

Stadtrat Feuchter
möchte erfahren, ob die Summe in Höhe von 80 Millionen Euro Gesamtinvestition über die fünf Jahre verteilt werden.

Herr Currle
erklärt, die zuwendungsfähigen Gesamtkosten seien von der Förderkulisse betroffen und erläutert dies näher.

Stadtrat Dr. Sandner
dankt für die Präsentation und die Arbeit, die in dieser Untersuchung steckt.
Es sei ein Nachholbedarf sichtbar geworden. Es sei klargeworden, dass man an dem Areal arbeiten muss. Man müsse nun schnell handeln. Die SPD-Fraktion stimme der Vorlage und auch der zeitnahen Antragsstellung zu.

Stadtrat Kurz
bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen. Man brauche die Fördermaßnahme und müsse teilnehmen. Die Fraktion der Freien Wähler stimme daher zu.

Stadtrat Feuchter
schließt sich dem Gesagten an. Er hoffe, dass Leimen in das Förderprogramm aufgenommen wird.

Oberbürgermeister Reinwald
erklärt, das Ganze sei mit heißer Nadel gestrickt worden., da eine schnelle Reaktion nötig gewesen sei. Die relativ unglückliche Zeit der Bürgerbeteiligung sei nicht vermeidbar gewesen, da die Antragfrist bereits nächste Woche auslaufe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen bittet Oberbürgermeister Reinwald um Zustimmung.

a. Ergebnis Bürgerbeteiligung – Sachstandsbericht

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Sanierung Leimen „Innenstadt“)

Vom Sachstand wird Kenntnis genommen.

b. Vorstellung der Ergebnisse sowie Beratung und Beschlussfassung des Förderantrags

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss

(Kennwort: Sanierung Leimen „Innenstadt“)

1. Das von der KE dargestellte Neuordnungskonzept –NOK– (Anlage 1) und die davon abgeleitete Kosten- und Finanzierungsübersicht –KuF– (Anlage 2) bilden die Grundlage für die Antragstellung und spätere Durchführung der Sanierung im Antragsgebiet „Leimen-Mitte“. Diese werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

2. Die Stellung eines Aufnahmeantrags in ein Förderprogramm der städtebaulichen Erneuerung für das Antragsgebiet „Leimen-Mitte“ wird beschlossen.

7. Rathausplatz 66/2021
Bau der Tiefgarage

Oberbürgermeister Reinwald
erläutert kurz die Vorlage. Er erklärt, dass der Rathausplatz ein Thema sei, das Leimen seit vielen Jahren beschäftige, leider bisher ohne Ergebnis. Es sei wichtig, dass hier eine Entscheidung getroffen wird. Man habe den Runden Tisch abgehalten und mehrmals vorberaten. Man habe sich dort für das Stadthaus entschieden. Die Tiefgarage sei der Wunsch der Bürgerschaft gewesen. Entsprechend habe man ap88 mit den Leistungsphasen 1 und 2 beauftragt. Am heutigen Tag gehe es um die Leistungsphasen 3 und 4. Mit deren Abschluss könne man sich ein besseres Bild machen. Es seien verschiedene Varianten erarbeitet worden.
Er begrüßt den Referenten Herrn Uwe Bellm von ap88 Architekten Partnerschaft mbB, der diese vorstellt.

Herr Bellm
stellt den aktuellen Planungsstand vor *(siehe Anlage 3).*

Oberbürgermeister Reinwald
bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Bader
bedankt sich für die nochmalige Vorstellung der Machbarkeitsstudie. Mit den Leistungsphasen 3 und 4 sei der nächste Schritt gemacht. Die Bürgerschaft erwarte, dass es in der Sache vorwärtsgeht und der Schandfleck neben dem schönen Historischen Rathaus verschwindet. Motiv für die Planungen sei gewesen, dass das Blech von der Fläche wegkommt. Dies sei vom Runden Tisch auch empfohlen worden. Die Variante 3 sei weiterverfolgt worden. 44 Stellplätze seien ausreichend. Mit der Variante 3 bewegten sich die Kosten mit Verbau und Zusatzkosten laut der Kostenschätzung im Rahmen von 4,4 Millionen Euro bis 4,5 Millionen Euro. Man solle nicht immer erneut alles hinterfragen und weitere Planungen anfordern. Er weist auf einen Facebook-Eintrag eines Gremienkollegen hin. Dies sei kein feiner Stil, er bittet die Kollegen um Kenntnisnahme. Die Ampelregelung sei keine gute Lösung. Laut Erfahrung der Planer sollten solche Lösungen vermeiden werden. Man solle auf den sicherheitsstützenden Verbau achten. Mit der Tiefgarage sei auch die Neugestaltung des Schulhofes verbunden. Der Platz könne auch für die Weinkerwe genutzt werden. Es sei zu überlegen, welchen vorrangigen Charakter man möchte. Es bedürfe einer differenzierten Betrachtung hinsichtlich des Musikpavillions. Die Kostenzuordnung fiele nun auf die Tiefgarage. Wenn man das Musikpavillion abreißen müsste, könne man die Kosten auch nicht auf die Tiefgarage

umwälzen. Die Kosten seien dagegen zu rechnen. Die CDU-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Frühwirt
spricht Herrn Bellm ebenfalls Dank für die gut nachvollziehbaren Ausführungen aus. Er möchte sich zu dem Thema Bürgerbeteiligung äußern. Es würde oft erwähnt, dass sich die Bürgerschaft im Rahmen des Runden Tisches für eine Tiefgarage entschieden hätten. Er möchte diese Aussage richtigstellen, bevor eine Historie entstehe, die an Fakenews grenze. Die Situation auf dem Rathausplatz liege nicht nur am Gemeinderat. Der Runde Tisch sei zwar eine Art von Bürgerbeteiligung, aber wer wisse, aus wem dieser bestand, sehe dies anders. Es handele sich um ein ausgesuchtes Gremium und keinen Querschnitt der Bürgerschaft. Der Runde Tisch habe aus etwa 15 Personen bestanden, die sich unterhalten hätten und die ausgesucht worden seien. Der Runde Tisch habe teilweise gute Ideen gehabt. Aber dennoch könne der Runde Tisch lediglich empfehlen, nicht entscheiden. Dies obliege dem Gemeinderat. Die GALL war am Entscheidungsprozess beteiligt und habe sich gegen eine Tiefgarage ausgesprochen. Seither hätte sich die Kosten geändert. Ein Stellplatz koste zwischen 80.000 und 100.000 Euro, zuzüglich noch unbekannter Kosten. Man habe dem Runden Tisch andere Zahlen vorgelegt. Bei einem Bürgerbegehren müsse man belegen, wie man ein Vorhaben bezahlen will. Es habe keine Bürgerbeteiligung stattgefunden, wie man sie machen sollte. Es werde eine falsche Bezeichnung gewählt um Druck auf die Gemeinderäte auszuüben. Er meine, wenn schon Bürgerbeteiligung, dann richtig im Rahmen eines Bürgerentscheids. Den könne auch der Gemeinderat initiieren. So sehe man den tatsächlichen Bürgerwillen, dem sich die GALL auch beugen würde. Des Weiteren erklärt er, damals habe man eine Tiefgarage geplant, die doppelt so groß sein sollte. Es sei gesagt worden, dass man die große Variante brauchen würde. Nun sei man bei lediglich 44 Stellplätzen, was die Sache nicht glaubwürdiger mache. Er frage sich, warum man damals von 80 Stellplätzen gesprochen habe. Es sei nicht mehr klar, wieviel Stellplätze man tatsächlich braucht. Die Georgi-Garage liege 50 Meter entfernt und stehe meist halb leer. Er mache oft Fotos von der Belegung. Er dankt Ordnungsamtsleiter Herrn Kucs für die schnelle Beseitigung unrechtmäßig abgestellter Fahrzeuge. Die Hälfte der 44 Stellplätze könne man in der Georgi-Tiefgarage abbilden. Es sei fragwürdig, ob eine Tiefgarage an dieser Stelle notwendig ist. Die genannten Alternativen zur Tiefgarage seien nicht einmal in Betracht gezogen worden. Ein Parkhaus sei in der Regel halb so teuer. Man entscheide sich nun für die teuerste Variante ohne ernsthaft die Alternative Parkhaus zu prüfen. Dies könne in Anbetracht der Schulden der Stadt nicht machen. Es gebe einige Aspekte, die die GALL bewegen dagegen zu stimmen. Wenn man die Leistungsphasen 3 und 4 beauftragt, dann zahle man mehr als 100.000 Euro pro Stellplatz. Ist sei für die Stadt Leimen nicht leistbar. Man könne auf die Tiefgarage verzichten und einen Schulhof herstellen, der sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Schülerschaft orientiert. Momentan stehe die Tiefgarage im Vordergrund, was nicht sein sollte. Die GALL-Fraktion wolle die Leistungsphasen nicht beauftragen.

Stadtrat Feuchter
gehe es ähnlich, wie Stadtrat Frühwirt. Es habe einen Konsens gegeben einen Parkplatz zu machen, der damals verworfen worden sei. Beim Runden Tisch seien Fachleute zugegen gewesen, nach deren Aussage seien 80 bis 100 Stellplätze erforderlich. Im Oktober 2018 sei dann die Präsentation der KE vorgestellt worden. Nun sollen 44 Stellplätze ausreichen. Laut Oberbürgermeister Reinwald seien so viele Stellplätze auch auf dem jetzigen Rathausplatz vorhanden. Nach seiner eigenen Zählung könnten 60 Fahrzeuge dort parken. Er widerspricht der GALL-Fraktion in dem Punkt, dass an dieser Stelle keine weitere Tiefgarage nötig sei. Er wolle die Tiefgarage, aber nur, wenn diese

auch bezahlbar ist. Der Schandfleck müsse weg. Aber man habe auf Kostenanfragen keine Antwort erhalten, „Plus-X-Kosten“ sei keine Entscheidungsgrundlage. Bei einer Kostenschätzung von 4,5 Millionen Euro plus X-Kosten treffe man Entscheidung über etwa 8 Millionen Euro. Die Erstellung eines Bauantrags mit dem Ziel zu Bauen stehe heute zur Entscheidung. Die Lösung für die Musikschule sei für ihn unzureichend. Er möchte eine Ersatzlösung kennen. Auf dem Schulhof rede man nun von Schulerweiterung, nicht von der Musikschule. Die Diskussion zum „Kiss-and-Ride“-Parkplatz entfalle gänzlich. Er sei dafür 80 bis 100 Stellplötze zu bauen. Man rede von Kosten in Höhe von 8 Millionen Euro oder von 10 Millionen Euro. Er erklärt, laut einer Aussage von Koehler-Leutwein reichten 44 Stellplätze nicht aus. Eine Tiefgarage mit Ampelregelung sei zwar nicht optimal, aber was in Mannheim möglich ist sollte auch in Leimen möglich sein, vor allem, wenn dies eine Lösung ist um um den Abriss des Musikpavillions herum zu kommen. Es bestehe ein Konsens aller Fraktionen außer der GALL-Fraktion, dass man 80 bis 100
Stellplätze wolle. Es sei ein Fehler, dies jetzt nicht zu tun.
Er stellt daher den Antrag auf getrennte Abstimmung über Punkt 1 und die Punkte 2 und 3. Er erklärt, bei den Punkten 2 und 3 werde die FDP-Fraktion dagegen stimmen.
Der Antrag wird angenommen.

Stadtrat Kurz
bedankt sich für den guten Vortrag. Die Fraktion der Freien Wähler wolle das Stadthaus, das habe erste Priorität. Runder Tisch hin oder her, aus der Bevölkerung komme der Wunsch, dass der Schandfleck verschwindet und eine Lösung gefunden wird. Es gebe Argumente dafür und dagegen, beides sei ernst zu nehmen. Die Fraktion der Freien Wähler sei für die Tiefgarage. Die größere Variante sei zwar charmanter, aber man sei bereit, diesen Schritt in die Leistungsphasen 3 und 4 mitzugehen.

Stadtrat Dr. Sandner
erklärt, dass die große Mehrheit bereit sei, den Planungen zu der Tiefgarage näher zu treten. Er finde er nicht in Ordnung, dass es nun heiße, der Runde Tisch sei keine richtige Bürgerbeteiligung gewesen. Der Kostenvorbehalt treffe für alle Investitionen zu. Die große Mehrheit des Gemeinderates habe aufgrund der Empfehlungen die Planungen zur Tiefgarage eingeleitet. Im April 2021 habe man aufgrund des Ergebnisses des Ausschreibungsverfahrens die Leistungsphasen 1 und 2 beauftragt. Man befinde sich in einem Prozess, bei dem nach und nach genauer geplant werde. Es sei in diesem Rahmen auf die vorliegende Variante abgespeckt worden. Es seien technische und finanzielle Gründe dafür aufgezeigt worden. Die Frage sei nun, ob man 44 oder 80 Stellplätze möchte. Wenn man die Aussage von Stadtrat Frühwirt zusammennehme, dann müssten 44 Plätze ausreichen. Man beschließe noch nicht zu bauen, aber es komme der ernsthafte Wille zum Ausdruck, bauen zu wollen.
Aspekte, die dies verbieten könnten, würden nicht gesehen. Das Thema sei am 30. September 2021 vertagt worden, was an der fehlenden Vorstellung der Varianten und aufgekommener Fragen zu Alternativen gelegen habe. Diese Fragen seien in der Sitzung des Verwaltungsausschusses beantwortet worden. Daher stimme die Fraktion der SPD zu. Der offene Punkt Musikschule sei ein Problem, da der Vorschlag zur Unterbringung im AWO-Gebäude fragwürdig sei. Es gebe aber keine Notwendigkeit, die Entscheidung aufzuschieben. Fragen zur Planung eines Parkdecks sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht angebracht, da das Grundstück im Sanierungsgebiet liege. Ein Parkdeck mit Entfernung von 300 bis 500 Metern animiert nicht, dort zu parken, wenn man das Rathaus besuchen möchte. Die schlechteste Alternative sei ein offenes Parkdeck neben dem Schulhof. Man solle jetzt handeln, da der Rathausplatz nicht so bleiben könne. Auch die Verlegung der Musikschule in andere Räumlichkeiten stehe bald an, gerade im Hinblick auf die

kommenden Ansprüche auf Ganztagesbetreuung. Man könne diese Kosten nicht der Tiefgarage zuordnen. Die heute von seinen Kollegen genannten Zahlen der Stellplätze bezweifle er. Die SPD-Fraktion stimme zu.

Stadträtin Nathalie Müller
erklärt, der Aspekt der Kosten werde nur aus der Perspektive des Tiefgaragenbaus beleuchtet, aber die Tiefgarage sei die einzige Möglichkeit, das Blech oberirdisch vom Platz zu bekommen und die klaffende Lücke zu schließen. Die Frage, was der über 30 Jahre andauernde Stillstand die Stadt Leimen kostete, bleibe zu klären. Die fehlende Wohlfühlqualität und die Kaufkraftabwanderung wirkten sich negativ auf die Gewerbesteuereinnahmen aus. Hinsichtlich dem Sterben der Innenstädte sei es in Leimen ein Sekundentod gewesen. Sie sehe es als ihre Aufgabe, auch diese Kosten im Hinterkopf zu haben, weshalb sie die Leistungsphasen 3 und 4 beauftragen wolle.

Stadtrat Frühwirt
geht auf das Thema Musikschule ein. Die dafür entstehenden Kosten habe er bei seiner Kalkulation nicht einberechnet. Er möchte ein bestehendes Konzept, bevor der Musikschulpavillon abgerissen wird. Die Unterbringung der Musikschule im AWO-Gebäude sei für ihn, wenn auch nur als Zwischenlösung, untragbar. Die beiden Räume im AWO-Gebäude müssten auch hergerichtet werden und seien außerdem nicht barrierefrei. Auch der Büroraum für die Mitarbeiter der Musikschule sei seiner >Ansicht nach nicht tragbar. Öffentliche Gebäude müssten barrierefrei sein, was dort auch nicht der Fall sei. Anbetracht der Schulden sei man auf Kante genäht, die Schulden müssten zurückgezahlt werden. Dasa Thema Musikschule müsste zunächst geklärt werden. Dr. Sander entgegnet er, dass seine Berechnungen auf der Wissenschaft beruhten. Er habe mit einem Stadtplaner der TU Aachen gesprochen. Dieser habe ihm gesagt, das eine Tiefgaragenlösung für kleine bis mittlere Städte nicht gut sei. Er wünsche sich, dass mehrere Kollegen mit Fachleuten gesprochen hätten.

Oberbürgermeister Reinwald
merkt an, dass es Argumente für jede Richtung gebe, aber am Ende müsse eine Entscheidung getroffen werden. Die Politik sei auch immer die Kunst des Kompromisses. Das Kostenargument sei wichtig. Man ringe seit 30 Jahren um dieses Thema. Wenn man sich in Ortsfremde reinversetze, stelle sich die Frage, warum man nach Leimen kommen sollte. Es gehe nun vor allem darum, die Stadt Leimen attraktiver zu machen. Man sei sich zu großen Teilen einig, den Verkehr und das Blech dort wegzubekommen um eine Aufenthaltsqualität zu schaffen. Die Tiefgarage sei dafür ein wesentliches Element. Auch die Anzahl der Stellplätze sei ein Kompromiss. Man könne sich eben nur die abgespeckte Variante leisten. Man müsse sich jetzt entscheiden. Dieser Zustand könne auf keinen Fall so bleiben. Die Entscheidung trage dazu bei, dass Leimen attraktiver wird. Der Vorschlag zu Variante 3 sei für ihn überzeugend. Oberirdisch würden zusätzliche Stellplätze entstehen und die „Kiss-and-Ride“-Parkplätze seien auch noch nicht vom Tisch. Die Musikschule sei zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls nicht barrierefrei. Das Musikpavillion verfüge über lediglich vier Räume, habe keine Toiletten und sei stark baufällig. Für ein Büro finde man zur Not eine andere Lösung. Er berichtet von einem Gespräch mit Frau Nicole Staber von der Musikschule Leimen. Dem Musikschulteam sei es wichtig, möglichst nahe an der Turmschule zu sein. Es liege noch keine Planung vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen ergehen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Rathausplatz)

1. Vom Stand der Planungen wird Kenntnis genommen.

Mit 12 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Bader, Baumann, Kettenmann, Kurz, Nathalie Müller, Dr. Sandner, Schilling, Stern, Unverfehrt und Werner) und 8 Gegenstimmen (Stadträte Bortz, Feuchter, Frühwirt, Hahn, Hassenpflug, Lindenbach, Julia Müller, und Reinig) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Rathausplatz)

2. Die Planung der Variante 3 soll weiterverfolgt werden.

Mit 12 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Bader, Baumann, Kettenmann, Kurz, Nathalie Müller, Dr. Sandner, Schilling, Stern, Unverfehrt und Werner) und 8 Gegenstimmen (Stadträte Bortz, Feuchter, Frühwirt, Hahn, Hassenpflug, Lindenbach, Julia Müller, und Reinig) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Rathausplatz)

3. Das Architektur Büro AP88 und Fachbüros (Ingenieurgruppe Bauen, Gadow + Greske, RheinNeckar Consult) werden mit den Leistungsphasen 3 und 4 beauftragt.

8. Planung Gasleitungstrasse 67/2021
Süddeutsche Erdgasleitung (SEL) - Vorstellung der Planung

Oberbürgermeister Reinwald
erläutert kurz den Sachverhalt und weist auf die am 8. November 2021 geplante Informationsveranstaltung um 19.00 Uhr im Rosesaal hin, weshalb auch die Sitzung des Ältestenrates bereits um 18.00 Uhr beginne. Er begrüßt die Referentinnen Frau Rebecca Penno, Stabsstellenleitung Unternehmenskommunikation der terranets bw GmbH und Frau Maren Raubenheimer, Projektleitung der terranets bw GmbH und übergibt ihnen das Wort.

Frau Penno
stellt terranets bw GmbH und die Planungen vor *(siehe Anlage 4).*
Man befinde sich im Auftakt. Um die beste Lösung für den Ausbau vor Ort zu finden sei ein Austausch wichtig. Sie stellt Planungen für die Informationsveranstaltung in Leimen vor und weist auf die Projekthomepage hin.

Frau Raubenheimer
stellt die technische Seite des Unternehmens vor *(siehe Anlage 4).*

Oberbürgermeister Reinwald
dankt für die Ausführungen. Man könne das Projekt nicht verhindern, aber es soll mindestmöglich die Bürgerschaft belasten. Ein Wunsch sei ein größerer Abstand. Das Trassengelände laufe durch das beste Weingebiet, daher bittet er, mit den Winzern und

Landwirten über den Trassenverlauf zu sprechen. Der Weinbau solle nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Kurz
erklärt, es handele sich um einen heftigen Eingriff in die Natur. Seine Freude darüber halte sich in Grenzen. Es werde sogar von Umweltzerstörung gesprochen. Er fragt, bis wann die grundstücksgenaue Planung vorliegt.

Frau Raubenheimer
erklärt, dies der Fall mit dem Planfeststellungsantrag. Dieser werde Mitte 2023 eingereicht. Man wolle Überzeugungsarbeit leisten. Wenn der Feststellungsbeschluss vorliegt, sei der Antrag genehmigt. Man möchte eine gütliche Einigung mit den Eigentümern und Bewirtschaftern. Es würden Entschädigungen gezahlt. Wenn keine Einigung erzielt werde, könne man zusammen mit dem Regierungspräsidium in die Enteignung gehen.

Stadträtin Nathalie Müller
erklärt, der Aufritt der heutigen Referentinnen sei deutlich charmanter als der ihrer Kollegen vor 15 Jahren, wofür sie sich bedankt. Sie treibe das Thema Kommunikation um. Bereits die Aufstände in den Nachbargebieten hätten beängstigend gewirkt. Außerdem seien Landwirte in unterschiedlichen Ortsteilen betroffen. Sie finde, man hätte diese Leute früher in den Prozess einbinden sollen. Die Besonderheit bei der L600 sei das große Biotop. Wie man um die südliche Ausprägung dort herumkommen möchte sei ihr rätselhaft. Sie sei gespannt auf die Ausführungen am 8. November 2021.

Frau Penno
erklärt, es brauche längere Zeit, bis man allen Informationsbedürfnissen nachkommen kann. Sie bittet, die Informationsangebote der terranets zu nutzen, mit der Zeit werde es konkreter.

Oberbürgermeister Reinwald
bittet, nachdem keine weiteren Wortmeldungen ergehen, um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Planung Gasleitungstrasse)

Vom Stand der Planungen wird Kenntnis genommen.

Stadtrat Frühwirt
stellt einen Antrag zur Tagesordnung, den Tagesordnungspunkt 9 zu vertagen und in der Sitzung im November zu beraten. Das wichtige Thema der Digitalisierung sollte aufmerksam verfolgt werden können. Daher finde er es nicht angemessen, den Vortrag nach vorangegangener Stunde noch abzuhalten.
Dem wird entsprochen.

9. Digitalisierung *68/2021*
Digitalisierungsstrategie – Sachstandsbericht

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

10. Gemeinderat 69/2021
Antrag der GALL –
Behindertenbeauftragter – Jährliche Sachstandsberichte

Oberbürgermeister Reinwald
schildert kurz den Sachverhalt und erklärt, jährliche Sachstandsberichte des Behindertenbeauftragten könnten auch in den Sitzungen des Ausschusses für Kultur, Soziales, Schule und Sport behandelt werden.

Stadtrat Frühwirt
bittet das Gremium, dem Antrag zuzustimmen. Es handele sich um ein wichtiges Thema. Die Menschen würden immer älter und auch die Frage der Inklusion behinderter Menschen müsse geklärt werden. Dies sollte in öffentlicher Sitzung geschehen. Er bittet um zeitnahe Berichterstattung.

Oberbürgermeister Reinwald
geht von Zustimmung aus. Dem erhebt sich kein Widerspruch.

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Dem Antrag, dass der Behindertenbeauftragte der Stadt einmal pro Jahr in öffentlicher Sitzung des Gemeinderates einen Bericht über den Stand, die Fortschritte und die Vorhaben hinsichtlich der Integration von Menschen mit Behinderung in der Stadt abgibt, wird zugestimmt.

11. Gemeinderat 70/2021
Antrag der GALL –
Neukonzeption des Ausschusses für Kultur, Soziales, Schule und Sport

Oberbürgermeister Reinwald
schildert kurz den Sachverhalt. Er merkt an, dass der Ausschuss für Kultur, Soziales, Schule und Sport (KSSS) nicht unbedingt viermal jährlich tagen müsse. Es reiche die Abhaltung nach Bedarf, zumal der Ausschuss vor seiner Amtszeit auch nicht oft getagt habe.

Stadtrat Frühwirt
plädiere dafür, vier Termine im Jahr anzusetzen, man könne diese immer noch absagen. Vereine und andere Personen seien betroffen, es kämen sicherlich genug Themen zusammen. Er habe das Gefühl, dass die Vorberatung zu solchen Themen im Verwaltungsausschuss zu kurz kommt. Er bittet das Gremium zuzustimmen.

Stadträtin Werner
stimmt dem Gesagten zu. Sie ergänzt, dass grundsätzlich auch zwei Vertreter des Jugendgemeinderates bei den Sitzungen des KSSS dabei sein sollten.

Stadtrat Dr. Anselmann
stimmt seinen Vorrednern zu. Er finde, die Sitzungen des KSSS könnten auch öffentlich stattfinden.

Stadtrat Feuchter
sagt, dass er einmal im KSSS zugegen war. Dort habe sich gezeigt, wie wichtig dieser Ausschuss im sozialen Bereich ist. Die FDP-Fraktion sei dafür, dass man den KSSS viermal im Jahr einberuft. Absagen könne man schnell.

Stadträtin Kettenmann
stimmt zu. Sie finde, es sei eine gute Sache.

Oberbürgermeister Reinwald
bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Dem Antrag zur Neukonzeption des Ausschusses für Kultur, Soziales, Schule und Sport wird zugestimmt.

12. Gemeinderat 71/2021
Antrag der GALL und SPD –
Resolution „Sicherer Hafen“

Oberbürgermeister Reinwald
schildert kurz den Sachverhalt und bittet um Wortmeldungen.

Stadträtin Julia Müller
Finde es toll, dass die Fraktionen diese Erklärung gemeinsam erarbeitet haben. Ergänzend zum Entwurf solle man diesen Landtags- und Bundestagsabgeordneten zukommen lassen. „Seebrücke.org“ führe eine Liste mit Städten. Leimen sollte auf der Plattform genannt werden.

Die Begründung zum Antrag ist als *Anlage 5* beigefügt.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Der Resolution wird zugestimmt.

13. Straßenbau 72/2021
K4155 – Begrünung

Oberbürgermeister Reinwald
schildert kurz den Sachverhalt. Er dankt Stadtrat Bortz für seine Unterstützung bei dem Vorhaben.

Stadtrat Bortz
verliest eine Stellungnahme *(Anlage 6).* Die GALL möchte demnach die Verwaltung beauftragen, mit der NABU Kontakt aufzunehmen, die Gärtner der TBL zu involvieren und die Spiralform in den Kreiseln zu überdenken.

Stadträtin Kettenmann
stimmt dem Gesagten zu. Die Beauftragung eines holländischen Unternehmens habe den Freien Wählern auch bitter aufgestoßen. Zudem stelle sich die Frage, wo man dann künftig den Weihnachtsbaum aufstellen soll.

Stadträtin Werner
schließt sich an. Den Kreisel spiralförmig zu gestalten sei nicht unbedingt notwendig. Der alte Kreisel könne hinten anstehen.

Stadtrat Dr. Anselmann
spricht sich für die Vertagung des Tagesordnungspunktes aus. Er hätte gerne vor der Sitzung davon gehört und finde dies sehr schade.

Oberbürgermeister Reinwald
erklärt, die Aspekte seien ihm auch nicht bekannt gewesen. Er stimmt der Vertagung zu. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Stadtrat Feuchter
bittet darum, die Kosten in der Vorlage zu ergänzen.

14. Bebauungspläne Leimen-St.Ilgen 73/2021
Fasanerie III, 2. Änderung

Oberbürgermeister Reinwald
erläutert kurz die Gremienvorlage. Es erfolgen keine Wortmeldungen. Er bittet um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Bebauungspläne Leimen-St.Ilgen)

1. Vom Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange wird Kenntnis genommen und nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander wird den Erledigungsvermerken der Verwaltung zugestimmt.
2. Vom Ergebnis der Offenlage nach § 3 (2) BauGB wird Kenntnis genommen.
3. Die Änderung des Bebauungsplans „Fasanerie III, 2. Änderung“ i.d.F. vom 28.09.2021 wird gemäß § 10 BauGB i.V.m. § 4 GemO als Satzung beschlossen.
4. Die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten Örtlichen Bauvorschriften i.d.F. vom 28.09.2021 werden nach § 74 LBO i.V.m. § 4 GemO als Satzung beschlossen.

15. Bebauungspläne Leimen-Gauangelloch 74/2021
Ortsmitte

Oberbürgermeister Reinwald
erläutert die Vorlage und bittet um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Bebauungspläne Leimen-Gauangelloch)

Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Ortsmitte“ wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB beschlossen.

16. Feuerwehr Leimen 75/2021
Ausschreibung Drehleiter/Hubrettungsgerät

Oberbürgermeister Reinwald
schildert den Sachverhalt laut Vorlage. Am 22. November komme um 14.30 Uhr ein entsprechendes Gerät auf den Schulhof der Turmschule zur Ansicht.

Stadtrat Feuchter
fragt, wegen der Ermächtigung und der Ausschreibung bei den Kosten von 700.000 Euro für die Drehleiter aus formalen Gründen. Er weist darauf hin, dass dies in den Haushalt eingestellt werden müsse.

Oberbürgermeister Reinwald
erklärt, es handele sich um einen Vorschuss. Er bittet um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Feuerwehr Leimen)

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Neubeschaffung einer Drehleiter bzw. eines Hubrettungsgerätes europaweit auszuschreiben.
2. Nach erfolgter Submission ist der Gemeinderat über das Ergebnis auf kurzem Wege in Kenntnis zu setzen, der Auftrag dem annehmbarsten Bieter zu erteilen.
3. Im Haushalt 2022 sind für die Maßnahme insgesamt 240.000 € vorzusehen.

17. Forst 76/2021
Ersatzbeschaffung Forstfahrzeug

Oberbürgermeister Reinwald
schildert kurz den Sachverhalt. Er erklärt, dass das Fahrzeug aus der Dringlichkeit heraus bereits angeschafft werden musste. Rein formell sei ein Gemeinderatsbeschluss notwendig. Er bittet um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Forst)

1. Von den Informationen wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, einen neuen Nissan Navara D23B N-Guard Pickup für den Einsatz im Forst zu kaufen.

18. Liegenschaften 77/2021
Beendigung Pachtvertrag mit TC Kurpfalz St.Ilgen

Oberbürgermeister Reinwald
erläutert die Gremienvorlage. Die Verwaltung empfehle, das Grundstück später zum Wohnbauland zu entwickeln, dies seien etwa 2.000 bis 2.500 Quadratmeter. Es sei eine gute und einmalige Einnahmesituation zur Stützung des Haushaltes. Er weist darauf hin, dass es in der heutigen Sitzung lediglich um die Beendigung des Pachtvertrages gehe. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Feuchter
erklärt, wenn sich der Verein nicht auflösen sollte, sei dies ein Vorratsbeschluss.

Oberbürgermeister Reinwald
erklärt, die Auflösung stehe fest. Zur Auflösung des Vereins fehle es lediglich noch am formalen Beschluss, der am 18. November auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung.

Stadtrat Feuchter
möchte wissen, ob die acht betroffenen Flurstücke alle der Stadt gehören.

Oberbürgermeister Reinwald
verneint dies. Nur die rote Fläche gehöre der Stadt. Die Tennisplätze befänden sich teilweise auf einem fremden Grundstück.

Stadtrat Unverfehrt
finde die Lösung elegant. Er bittet die Verwaltung an den Fahrradweg Richtung Sandhausen zu denken.

Oberbürgermeister Reinwald
sagt eine entsprechende Prüfung zu.

Stadtrat Bortz
erklärt, die GALL-Fraktion stimme der vorzeitigen Beendigung zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Liegenschaften)

1. Von den Informationen wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, einen Auflösungsvertrag mit dem TC Kurpfalz St. Ilgen zum 31.12.2021 zu schließen.

19. Verschiedenes

Oberbürgermeister Reinwald
weist noch einmal auf die Informationsveranstaltung der terranets GmbH am 8. November hin. Entsprechend finde die Sitzung des Ältestenrates bereits um 18.00 Uhgr in Präsenz statt.

Stadtrat Reinig
erkundigt sich zum Sachstand des Radweges in Richtung St.Ilgen beim Kreisel und zum Sachstand Lichtkonzeption.

Oberbürgermeister Reinwald
berichtet, dass die Baumaßnahmen am kommenden Dienstag weitergehen. Die Lichtkonzeption sei in der Mache und werde bald vorgestellt.

Stadträtin Kettenmann
bittet darum, einen am Waldstadion abgebrochenen Ast zu entfernen, auch ein Mast am Penny sei nicht verkehrssicher.

Stadtrat Hahn
bittet um Lösung für die Grundschulkinder wegen des abgesagten Martinsumzugs.

Oberbürgermeister Reinwald
erklärt, dies sei bereits gelöst.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Reinwald um 23.00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Greiner Protokollführerin	Reinwald Oberbürgermeister

Urkundspersonen:

Stadtrat Bader

Stadtrat Hahn